

Mit Sicherheit – besser leben in Brandenburg

Zusammenfassung zum Konzeptpapier der CDU-Fraktion, 28.01.2014

Die CDU ist ein verlässlicher Partner für eine verantwortungsvolle Politik der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Innere Sicherheit ist für uns die Grundvoraussetzung für ein freies und friedliches Zusammenleben der Menschen und eine selbstverständliche Kernaufgabe staatlichen Handelns.

Die gescheiterte Polizeireform der Landesregierung hat dazu geführt, dass weniger Streifenwagen im Land unterwegs sind, dass die Interventionszeit der Polizei um vier Minuten angestiegen ist und die Aufklärungsquoten auf einem niedrigen Stand sind. Die CDU-Fraktion fordert angesichts der Lage eine fachbasierte Aufgaben- und Sicherheitsanalyse, die darstellt wo, wieviel und wofür unsere Polizisten im Land gebraucht werden. Eine effiziente Struktur unserer Polizei ist dabei genauso wichtig, wie die Präsenz unserer Polizisten in der Fläche. Bereits heute ist ersichtlich, dass der Streifendienst zahlenmäßig gestärkt werden muss - Polizeireviere mit Schließ- und Öffnungszeiten darf es nicht geben.

Als CDU-Fraktion haben wir in vielen Veranstaltungen in ganz Brandenburg mit den Menschen vor Ort und mit den Fachleuten aus Polizei, Justiz, Wirtschaft und der kommunalen Verwaltung über Sicherheit im Land Brandenburg diskutiert. Aus den Anregungen und den gewonnenen Erkenntnissen haben wir unsere Schlüsse gezogen und unser Konzept zur Verbesserung der Sicherheit in Brandenburg „Mit Sicherheit – besser leben in Brandenburg“ entwickelt.

Die Kernthesen aus dem Konzept der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg zur inneren Sicherheit:

1. Die weitere Umsetzung der **Polizeistrukturereform muss mit sofortiger Wirkung ausgesetzt** werden. Die von der Landesregierung angekündigte **Evaluation muss unverzüglich durchgeführt** und bis spätestens Mitte Juni 2014 Ergebnisse vorgelegt werden.
2. Die **Personalbedarfsplanung bei der Schutz- und Kriminalpolizei** des Landes Brandenburg muss an die gesteigerten Anforderungen nach oben angepasst werden. Der tatsächlich bestehende Bedarf an Bediensteten unserer Polizei muss dabei durch eine **fachbasierte Aufgaben- und Sicherheitsanalyse** festgestellt werden.
3. Die **Personalstruktur der Polizei im Land Brandenburg darf nicht geschwächt** werden. Die Pläne der Landesregierung, im Rahmen der Polizeistrukturereform bis zum Jahr 2020 einen Personalabbau um etwa 1.400 Stellen auf nur noch 7.000 Stellen als „Zielzahl“ bei der Polizei Brandenburg zu betreiben, lehnen wir ab.



4. Der **Wach- und Wechseldienst ist zu stärken**. Durch eine Erhöhung der Planstellen im Wach- und Wechseldienst und eine optimierte Arbeitsorganisation muss dessen Einsatzbereitschaft erhöht, die Interventionszeiten verkürzt und die Polizeipräsenz deutlich erhöht werden. Die personelle Stärkung des Wach- und Wechseldienstes darf nicht zu Lasten anderer Organisationsbereiche und Dienststellen erfolgen.
5. Es darf keine Polizeireviere mit Schließ- und Öffnungszeiten geben. Die **Polizeireviere müssen überall in Brandenburg rund um die Uhr geöffnet** bleiben.
6. Neben **flächendeckender Polizeipräsenz** bedarf es einer **Strafverfolgung mit hinreichenden personellen und fachlichen Ressourcen**. Eine Grundvoraussetzung dafür sind **gut ausgebildete Kriminalisten**.
7. Dem steigenden Bedarf an spezifischem Fachwissen und kriminalistischer Fachkompetenz soll durch die Einrichtung einer **spezialisierten kriminalistischen Ausbildung** bei der Polizei Brandenburg begegnet werden.
8. Die **Zusammenarbeit von Polizei- und Staatsanwaltschaft** ist durch einen verstärkten Einsatz von gemeinsamen Ermittlungsgruppen auch bei Delikten der leichten und mittelschweren Kriminalität zu intensivieren.
9. Intensive Präventionsarbeit muss weiterhin eine der obersten Aufgaben der Polizei sein. Es muss auch in Zukunft ein **umfassendes und flächendeckendes Angebot an polizeilichen Präventionsleistungen aufrechterhalten** werden.
10. Zur Begegnung der Grenzkriminalität ist die **Zusammenarbeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft** des Landes Brandenburg mit den Sicherheitsbehörden des Bundes, der anderen Bundesländer, der Republik Polen und anderen europäischen Partnerländern sowie unter Einbeziehung der Europäischen Union zu einem integrierten Sicherheitsprozess auszubauen. Das „Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit“ in Swiecko muss zusammen mit Polen und anderen europäischen Partnerländern zu einem gemeinsamen Kompetenzzentrum der grenzüberschreitenden europäischen Sicherheit ausgebaut werden.
11. Die Aufgaben und personellen Ressourcen der **Besonderen Aufbauorganisation Grenze** sind **dauerhaft in die Allgemeine Aufbauorganisation** zu überführen.

Das gesamte Sicherheitskonzept der CDU-Fraktion finden Sie auf der Internet-Seite:

www.cdu-fraktion-brandenburg.de.

Als Ansprechpartner steht Ihnen die CDU-Fraktion, insbesondere unser fachpolitischer Sprecher für Innenpolitik, Björn Lakenmacher, gern zur Verfügung.